LANDESPLANUNG: SCHÖNE THEORIE ABER KRASSE FEHLPLANUNGEN IN DER PRAXIS

illustriert am Beispiel der Südregion

1.11

de Kéisécker

Eine konsequente Landesplanung ist von elementarer Bedeutung für eine nachhaltige Weiterentwicklung eines Landes: für eine gute Organisation der Mobilität, den Schutz von Natur und Landschaft, attraktive Ortschaften, die wirtschaftliche Entwicklung.

Umso problematischer ist es, dass die Landesplanung in Luxemburg seit Jahren praktisch auf der Stelle tritt. Bei zahlreichen Projekten missachtet die Regierung dabei sogar ihre eigenen Vorgaben: dies unter vermeintlichen Alltagszwängen, scheinbar manchmal auch aufgrund des Drucks von Immobilienpromotoren …

Mit dem vorliegenden Dossier möchte der Mouvement Ecologique anhand von Fallbeispielen in der Südregion - stellvertretend für andere - die Problematik aufzeigen … und sich konsequent für ein Umdenken in der Landesplanung aussprechen! Im Interesse der Lebensqualität, von Natur und Landschaft, der harmonischen Entwicklung unserer Ortschaften.

mouvement écologique

5 453000 161014

index

3 Nationale Landesplanungspolitik tritt auf der Stelle ...

4 ... aber vor Ort werden Projekte im Widerspruch zur Landesplanung zugelassen oder gar gefördert...

6 Missachtung der Landesplanungs-Vorgaben am Fallbeispiel der Süd-Region

Fallbeispiele

7 Problematische Verlagerung einer Tankstelle entlang der Autobahn in der Gemeinde Monnerich

8 Projekt „Huncheringen“: Verfünffachung der Einwohnerzahl einer kleinen ländlichen Ortschaft: in wessen Interesse?

9 Dossier Livingen und Wickringen: weitere Geschäftszentren auf der „grünen Wiese“ – eine Fehlplanung

10 „Haneboesch“ in Differdingen: eine Aktivitätszone „im Wald“...

11 Aktivitätszone „Grass“: ein Trauerspiel

12 Wildwuchs südlich der Stadt Luxemburg: Gemeinde Leudelingen im Wachstumswahn?

13 Tanklager und Umgehungsstraße Bascharage: ein politischer Kuhhandel auf Kosten einer Erholungs- und Naturschutzzone!

14 Schlussfolgerungen

Luftfotos entnommen aus “ACT 2010”

De Mouvement Ecologique lieweg, kritesch, engagéiert

Zesumme méi staark fir d'Ëmwelt

Déi maachen eng wichteg Aarbecht...! Gudd, datt et de Mouvement Ecologique gëtt...

Das denkt sicherlich so mancher, der den Mouvement Ecologique kennt. Doch: der Mouvement Ecologique braucht Mitglieder!

Dies aus mehreren Gründen:

- Mehr Mitglieder finden auch in den verantwortlichen politischen Kreisen Beachtung. Es wird durchaus bemerkt, wenn eine Organisation starken Zustrom kennt... Somit: mehr Mitglieder erhöhen die Chance, noch mehr für Mensch und Umwelt zu erreichen.
- Mehr Mitglieder bürgen auch für eine solide finanzielle Basis. Jedes Mitglied erhöht so die finanziellen Möglichkeiten des Mouvement Ecologique, erlaubt ihm, noch aktiver zu werden in seinem Engagement – und stärkt nicht zuletzt auch die finanzielle Unabhängigkeit vom Staat.
- Mehr Mitglieder erlauben aber auch den Service für die Mitglieder auszubauen, dank neuer Mittel.

Deshalb: Werden Sie Mitglied!

Mitglied können Sie werden durch Überweisen von 50.- auf das CCP IBAN LU16 1111 0392 1729 0000 oder BCEE IBAN LU20 0019 1300 1122 4000 des Mouvement Ecologique (75.- für einen Haushalt, 20.- für Arbeitslose, Jugendliche).

Gerne schicken wir Ihnen aber auch weitere Infos: **www.meco.lu**

1.

Nationale Landesplanungs-Politik tritt auf der Stelle...

Die Regierung erstellte zahlreiche Vorgaben für die Landesplanung ... aber leider ist die Landesplanung bis dato fast ein reiner Papiertiger. Denn die Regierung selbst hält sich nicht an ihre eigenen Vorgaben ....

In zahlreichen Dokumenten hat sich die Regierung klare Ziele für die Landesplanung gegeben, die Realität ist jedoch weit davon entfernt.

Seit Oktober 2008 liegen die Entwürfe der sektoriellen Pläne „Transport" und „Geschützte Landschaften" vor. Seit März bzw. Mai 2009 liegt der Entwurf des sektoriellen Planes „Aktivitätszonen" bzw. „Wohnungsbau" vor. Seither herrscht - zumindest nach außen - Funkstille.

Sicherlich besteht Diskussionsbedarf über einzelne Elemente der Pläne (u.a. über den Plan „Aktivitätszonen", da dieser aufgrund des angestrebten Wirtschaftswachstums quasi eine Verdoppelung der Arbeitsplätze innerhalb der nächsten 20 Jahre voraussetzt).

Die Entwürfe stellen aber durchaus eine sinnvolle und notwendige Planungs- und Diskussionsbasis dar und werden in ihrer Essenz als Instrumente der Fortentwicklung des Landesplanungsprogrammes und des Integrativen Verkehrs- und Landesentwicklungskonzeptes (IVL) anerkannt, dies auch vom Mouvement Ecologique.

Die Pläne müssen, bevor sie für alle Akteure rechtsverbindlich werden, jedoch zunächst die im Landesplanungsgesetz vorgesehene gesetzliche Prozedur durchlaufen, die u.a. auch eine Befragung der Gemeinden verbindlich vorschreibt.

Fakt ist aber: seit Jahren liegen die Entwürfe vor, noch immer wurde jedoch nicht mit der gesetzlichen Prozedur und Validierung begonnen. Nicht einmal die vergleichende Umweltverträglichkeitsstudie, die für die Pläne erstellt wurde, wurde bis dato vorgelegt und veröffentlicht.

Begründet wird diese zeitliche Verzögerung damit, dass mit dem Vorlegen der z.T. parzellenscharfen Pläne der Spekulation Tür und Tor geöffnet würde. Die Gefahr besteht ohne Zweifel, dass Eigentümer bzw. Promotoren versuchen würden, ihre Besitztümer nach dem Vorlegen der detaillierteren Entwürfe der Pläne besonders teuer zu verkaufen. So dass z.B. auch der Staat bzw. die Gemeinden nicht mehr in der Lage wären, Land zu korrekten Preisen zu erstehen.

Dieser Gefahr soll durch eine Reform des Landesplanungsgesetzes entgegengesteuert werden (Gesetzesprojekt 6124), indem u.a. klare Regeln für den Kauf von Bauland bzw. deren Preise festlegt werden. Eine sicherlich wichtige und äußerst sinnvolle Maßnahme. Doch einerseits brauchte das Ministerium recht lange bis zum Vorlegen des Gesetzesentwurfes, und nun wiederum liegt das Dossier beim Staatsrat, so dass ein Ende der Prozedur kaum absehbar ist.

Die Ungeduld ist somit berechtigt, wie folgendes Zeitfries aufzeigt:

- Das Landesplanungsgesetz in seiner aktuellen Fassung stammt aus dem Jahre 1999. Darin war u.a. die Erstellung von sektoriellen und regionalen Plänen vorgesehen.
- 2003 wurde das derzeit gültige Programm der Landesplanung veröffentlicht, mit klaren politischen Zielen sowie einem Katalog an detaillierten Maßnahmen in Bezug auf die Stadt- bzw. die ländliche Entwicklung, den Transport- und Kommunikationsbereich sowie die natürlichen Ressourcen.
- Im Januar 2004 wurde das „Integrative Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept für Luxemburg" (IVL) vorgestellt, das die Ziele des Landesplanungsprogrammes in „praktisches Handeln" (sic) umsetzen sollte.
- Im Mai 2008 wurde eine Evaluation des IVL-Konzeptes vorgestellt mit der Schlussfolgerung, dass dessen zentrale Ziele verfehlt wurden.
- 2008 und 2009 wurden dann die Entwürfe der sektoriellen Pläne vorgelegt

.... aber im Jahre 2011 hat sich in der Praxis kaum etwas geändert, rechtlich verbindliche Instrumente, die für alle Akteure gelten, gibt es immer noch nicht!

Man kann annehmen, dass bis zur Verabschiedung der Reform des Landesplanungsgesetzes, dem Vorlegen der sektoriellen Pläne in ihrer definitiven Form, der Konsultierung der Gemeinden mindestens noch 1-2 Jahre verstreichen werden.

2.

...aber vor Ort werden Projekte im Widerspruch zur Landesplanung zugelassen oder gar gefördert...

Es ist unweigerlich eine Frage der Glaubwürdigkeit der Politik, wenn die Regierung sich klare Ziele gibt und diese dann selbst nicht respektiert! Es entsteht somit z.T. auch der Eindruck, als ob die Regierung nicht wirklich hinter ihren Konzepten der Landesplanung steht oder zumindest noch kurzfristig Projekte umsetzen will, die im Widerspruch zur Landesplanung stehen. Dieser Eindruck wird dadurch verschärft, dass unter dieser Regierung die Landesplanung kaum selbst noch eine Stimme hat.

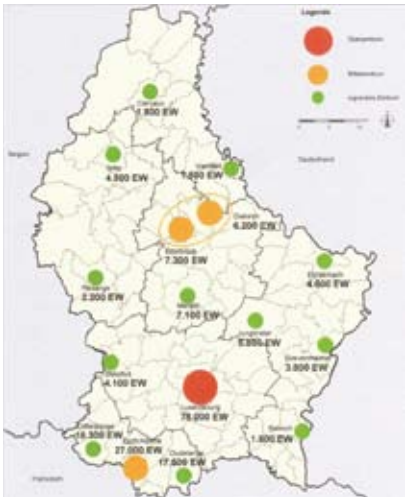
Die derzeit ungeklärte Rechtssituation ist äußerst unzufrieden stellend, könnte - in Erwartung einer gesetzlichen und reglementarischen Regelung - dennoch als erträglich angesehen werden. Dies, wenn der Staat bereit wäre, auch ohne direkte rechtliche Verbindlichkeit gegenüber Dritten, seine eigenen Vorgaben der Landesplanung zu respektieren. Sowohl aus politischer wie auch aus rechtlicher Sicht verhindert nichts, dass der Staat seine selbst aufgestellten Regeln einhält, ja, es wäre sogar zwingend erforderlich!

Es ist doch in der Tat befremdend, wenn die staatlichen Behörden sich zwar Leitlinien geben, die sie problemlos anwenden können, sie aber nur dann bereit wären diese in ihren Entscheidungen zu respektieren, wenn es entsprechende formale Gesetze gäbe.

Doch gerade dies scheint der Fall zu sein, wie die Praxis und die in diesem Dokument angeführten Beispiele in der Südregion – stellvertretend für andere – aufzeigen.

Wer die Landesplanungs- und Siedlungspolitik verfolgt, wird in der Tat den Eindruck nicht los, als ob der Staat selbst in voller Sachkenntnis die Entwürfe der sektoriellen Pläne bewusst missachtet. Dies nach dem Motto: *„Was schert mich die Umsetzung meiner Absichten von morgen, wenn niemand mich heute zu deren Umsetzung zwingen kann!"*

Oder missbraucht der Staat selbst die aktuelle Situation, um noch schnellstens eine Reihe von „Schäfchen", die ihm am Herzen liegen, ins Trockene zu bringen?



Die Landesplanung definiert sogenannte „zentrale Orte", die sich besonders stark entwickeln sollen und legt somit auch fest, welche sich weniger entwickeln sollen. Wie das folgende Dossier zeigt, respektiert die Regierung diese Vorgaben nicht.

Eine gute Landesplanung ist von zentraler Bedeutung: soll doch eine harmonische Entwicklung der Ortschaften gewährleistet und ein Ineinander wachsen verhindert werden, Grünzonen und Naherholungsgebiete erhalten und geschützt werden, eine gute Organisation der Mobilität / des öffentlichen Transportes ermöglicht werden u.a.m.

Und verschleppt der Staat bewusst die Debatte über die sektoriellen Pläne bis nach den Gemeindewahlen, da er Diskussionen mit den Gemeinden erwartet, weil diese nicht in deren Erstellung eingebunden waren?

Dabei ist die Rolle einer harmonischen Landesplanung in der Zukunftsgestaltung unseres Landes von herausragender Bedeutung:

- **Erhalt der Landschaften / gegen eine weitere Zersiedlung:** in den vergangenen Jahrzehnten kannte unser Land eine nie dagewesene Zerschneidung der Landschaften. Mit verheerenden Folgen: Ineinander wachsen der Ortschaften, Verlärmung, Verlust von attraktiven Landschaften, Zerstörung von Lebensräumen ... sind z.T. die Folge. Wer Naherholungsräume, auch zwischen den Ortschaften (sogenannte „coupures vertes"), relativ intakte Landschaften, Kaltluftschneisen, Grünkorridore für seltene Tierarten... erhalten will, kommt nicht an einer kohärenten Landesplanung vorbei!

- **Kohärente Siedlungsentwicklung:** Ziel der Landesplanung ist es u.a. attraktive und lebenswerte Siedlungsräume zu gestalten, in denen die BürgerInnen auch ein hohes soziales und kulturelles Angebot vorfinden. Dies ist jedoch nur möglich, wenn sich in den verschiedenen Regionen des Landes die sogenannten zentralen Orte (CDA centres de développement et d'attraction) stärker entwickeln, da hier schließlich Infrastrukturen und Dienstleistungen konzentriert sind. Dies im Gegensatz zu Ortschaften, die nur auf eine Art „Eigenentwicklung" setzen und nicht unverhältnismäßig wachsen sollen.

- **Eine nachhaltige Mobilität:** eine gute Organisation des öffentlichen Transportes hängt auch von der Siedlungsdichte ab. Es versteht sich von selbst: in kleineren Ortschaften, die sich wenn möglich auch noch spinnbein-artig entwickelt haben, ist eine effiziente Organisation des öffentlichen Transportes weitaus schwieriger, als in kompakten Ortschaften mit einer größeren Bevölkerungs- und einer höheren Siedlungsdichte. Deshalb zielen die Direktiven der Landesplanung ja auch darauf hinaus, dass Mobilitätsaspekte bei der Entwicklung von Ortschaften zwingend berücksichtigt werden müssen.

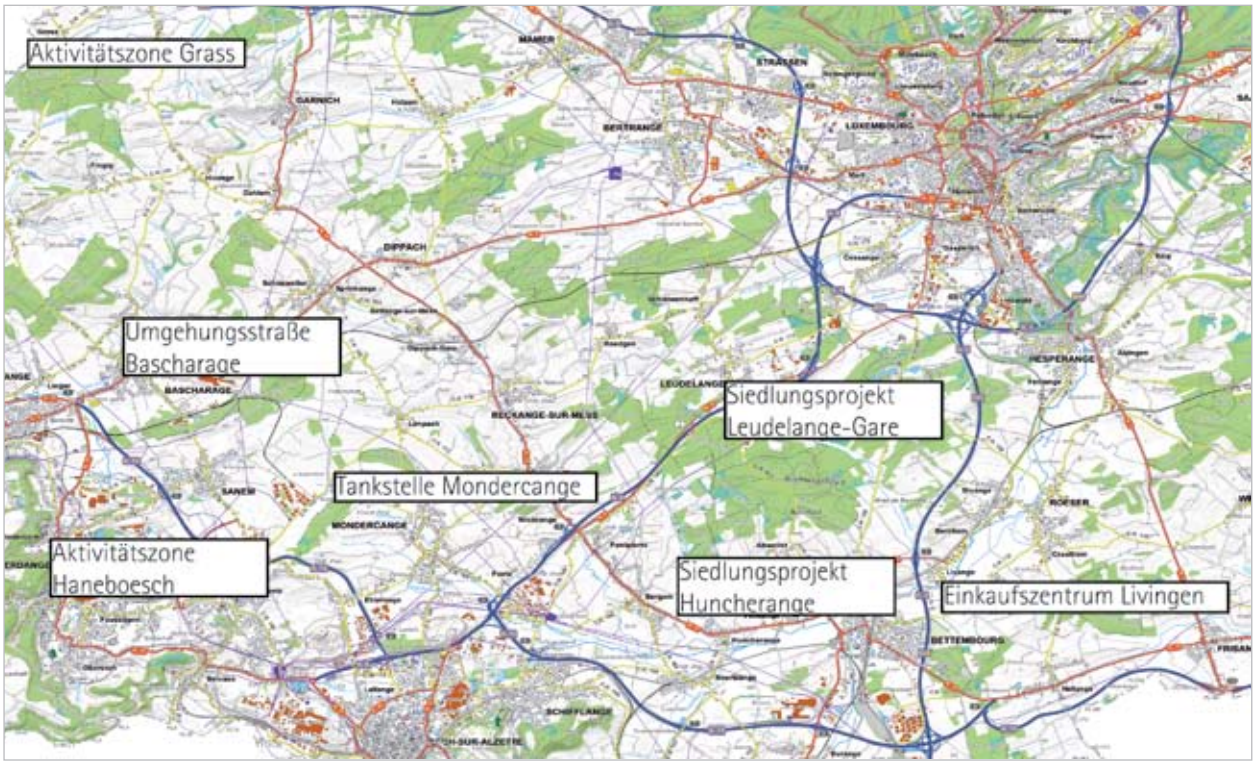
- **Harmonische Entwicklung von Arbeitsplätzen:** ein weiteres Ziel der Landesplanung ist, durch eine gezielte Politik Arbeitsplätze auch regional zu verteilen und Aktivitätszonen derart räumlich zu verteilen bzw. zu gestalten, dass sie keine Belästigung für die Anrainer darstellen, nicht im Konflikt zum Natur- und Landschaftsschutz stehen sowie eine gute Organisation der Mobilität, auch im Interesse der Arbeitnehmer, gewährleisten.

Alle diese Ziele finden breite gesellschaftliche Zustimmung über alle parteipolitischen Grenzen hinaus. Und trotzdem werden sie derzeit vielfach mit Füßen getreten.

Durch sein Versagen im Bereich der Landesplanung stellt der Staat ein Grundprinzip der Nachhaltigkeit in Frage (das u.a. im nationalen Nachhaltigkeitsplan festgehalten wird): nämlich, dass wir auch den nächsten Generationen einen Lebensraum hinterlassen, der durch eine hohe Lebensqualität gekennzeichnet ist.

3.

Missachtung der Landesplanungs-Vorgaben am Fallbeispiel der Süd-Region



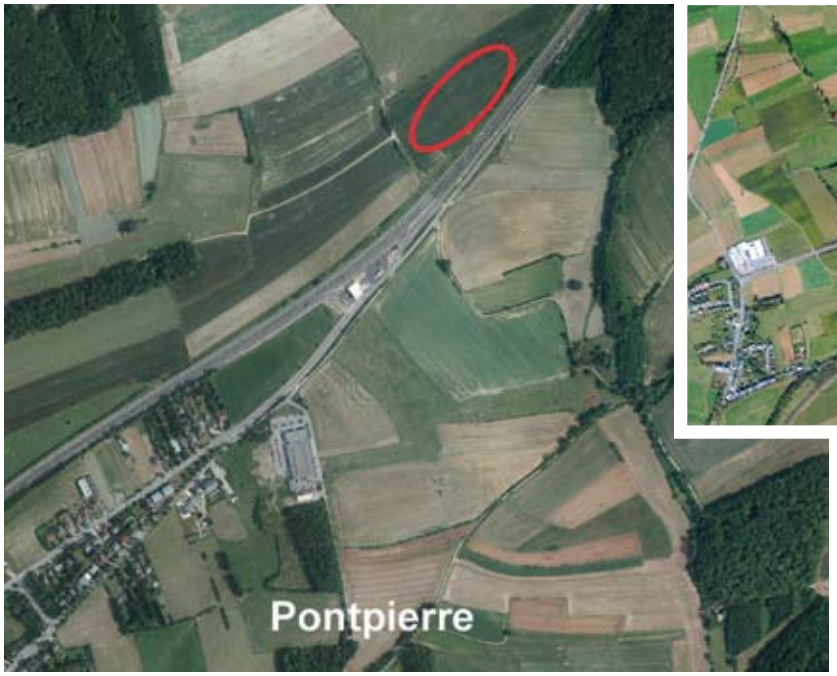
Einige Fallbeispiele aus der Region Süden illustrieren, exemplarisch für andere, wie sehr der Staat seine eigenen Vorgaben - und schlussendlich die Landesplanung - mit Füßen tritt.

Noch ist in einer Reihe dieser Dossiers keine definitive Entscheidung gefallen, auch wenn die derzeitige Orientierung der staatlichen Vorgehensweise nicht gerade vertrauensvoll wirkt.

Der Mouvement Ecologique möchte deshalb die Regierung mit Nachdruck auffordern, in diesen und ähnlichen Dossiers ihre derzeitige Herangehensweise kritisch zu hinterfragen und im Sinne der Landesplanung zu entscheiden.

Fallbeispiel

Verlagerung einer Tankstelle entlang der Autobahn in der Gemeinde Monnerich



Entlang der Escher Autobahn (A 4), am Ausgang der Ortschaft Steinbrücken, ist seit Jahren eine Tankstelle angesiedelt, welche mit hohen (vor allem auch Lärm-)Belastungen für die angrenzenden Einwohner verbunden ist.

Es ist nur verständlich, dass diese Anrainer eine Besserung ihrer Lebensqualität einklagten. Allerdings ist die ins Auge gefasste Lösung aus Sicht der Landesplanung nach Meinung des Mouvement Ecologique untragbar.

Denn die derzeitigen Planungen gehen von der Prämisse aus, dass der Neubau der Tankstelle erneut auf dem Territorium der Gemeinde Monnerich erfolgen muss, nur eben in größerer Distanz zu den Wohnhäusern ... Ausgesucht wurde, wen wundert es, ein Standort innerhalb der „*zone verte interurbaine*". Dieses Gebiet ist des Weiteren im Entwurf des sektoriellen Planes für geschützte Landschaften als wertvoller Korridor aufgeführt („*zone d'importance particulière*" avec un „*corridor biodiversité d'importance particulière*").

Die geplante Tankstelle würde demnach in der freien Landschaft unmittelbar an ein geplantes Naturschutzgebiet errichtet werden, dies im absoluten Widerspruch zu dem sektoriellen Plan „Geschützte Landschaften".

Folgender Auszug aus dem Umweltbericht zeigt, dass keine wirkliche Bereitschaft bestand nach alternativen Standorten zu suchen: *„...mögliche alternative Standorte wurden auf dem Autobahnabschnitt nördlich vom Abzweiger Pontpierre gesucht, auf einer Strecke von 2,1km...!!... Eine Verschiebung des gewählten Standortes würde zwar den Impakt auf das geplante Naturschutzgebiet verringern, hätte jedoch deutliche Nachteile in Hinsicht auf Kosten für Terrassierung und Abwasserentsorgung für den Antragsteller zur Folge!"*

So einfach scheint es demnach zu sein, die Leitlinien der Landesplanung mit Füßen zu treten: hier sind scheinbar Aspekte wie die Gewerbesteuer zu Gunsten einer Gemeinde bzw. die Minimierung der Kosten für den (privaten) Betreiber wichtiger, als die Interessen der Landesplanung und des Schutzes der Landschaften / der Natur ...

Eine sinnvollere Lösung hätte darin bestanden, zu überlegen:

- inwiefern auf diesem Autobahnabschnitt eine Tankstelle überhaupt erforderlich ist;
- welche möglichen Standorte, die den Entwürfen der sektoriellen Pläne und den Direktiven der Landesplanung entsprechen, in Frage kommen und
- ggf. - durch die Ansiedlung innerhalb einer regionalen Aktivitätszone - einen gewissen Finanzausgleich für die Gemeinde Monnerich ins Auge zu fassen, falls ein geeigneterer Standort außerhalb dieser Gemeinde zurückbehalten würde.

Doch diese Elemente wurden innerhalb der „Impaktstudie", die aus fachlicher Sicht doch zu wünschen lässt, nicht einmal untersucht.... Ging man doch einfach davon aus, die Tankstelle müsse in der Gemeinde Mondercange angesiedelt werden. Entsprechend kamen auch kaum Alternativen in Frage.

Fazit: So spielten alle diese landesplanerischen Überlegungen keine Rolle. Wie gehabt, als ob nie von Landesplanung, geschützten Landschaften gesprochen worden wäre. So geht die schleichende Zersiedlung der Landschaft ungehemmt weiter...

Fallbeispiel

Projekt „Huncheringen“: Verfünffachung der Einwohnerzahl einer kleinen ländlichen Ortschaft: in wessen Interesse?

Offiziell war erstmalig in einem Zeitungsinterview mit Bürgermeister R. Biwer (Gemeinde Bettemburg) von der Absicht zu lesen, in der Ortschaft Huncheringen ein neues, größeres Siedlungsprojekt zu verwirklichen, mit dem Ziel Wohnraum für etwa 2.000- 3.000 neue EinwohnerInnen zu schaffen. Man hätte annehmen können, hier hätte sich ein Zahlenirrtum eingeschlichen, ein derartiges Siedlungsprojekt könne doch nie und nimmer in einer kleinen ländlichen Ortschaft wie Huncheringen - mit momentan 219 Haushalten und etwa 800 Einwohnern - ins Auge gefasst werden. Dies auch weil das Programm der Landesplanung, das IVL-Konzept, der Entwurf der sektoriellen Pläne „Wohnungsbau“ und „Geschützte Landschaften“ die Ortschaft Huncheringen in keinster Form als einen „zentralen Ort“, d.h. als prioritär zu entwickelnde Ortschaft, zurückbehalten haben. Ganz im Gegenteil: Huncheringen ist gekennzeichnet durch eine dörfliche Struktur, ohne direkte gute Anbindung an den öffentlichen Transport, ohne größere Infrastrukturen....

So die Theorie.

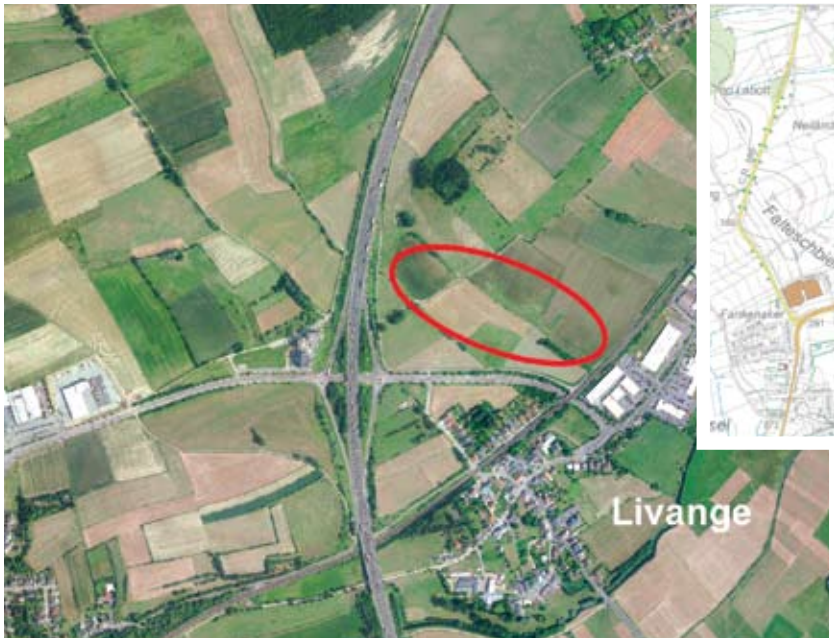
In der Realität wird jedoch derzeit die „étude préparatoire“ für das genannte Siedlungsprojekt durchgeführt, wie der Mouvement Ecologique seitens wissenschaftlicher Stellen erfuhr, die um Informationen über Tier- und Pflanzenwelt vor Ort befragt wurden. Eine vorherige Information des Gemeinderates scheint es in diesem Zusammenhang nicht gegeben zu haben. Ein absurdes und unwirkliches Siedlungsvorhaben, das diskussionslos sowohl von der Gemeinde, wie auch vom Nachhaltigkeits- und vom Innenministerium mit ausdrücklichem Hinweis auf die landesplanerischen Vorgaben schon im Planungsstadium unterbunden werden müsste!

Fazit: Ein Siedlungsprojekt in der Ortschaft Huncheringen, das die Einwohnerzahl von derzeit 800 auf etwa 3.000 erhöhen würde, widerspricht u.a. den Direktiven der Landesplanung (kein zentraler Ort), denjenigen der notwendigen Mobilitätsanbindung wie auch dem sektoriellen Plan „Geschützte Landschaften“!

Gibt es da etwa andere Motive, welche die aktuelle Untätigkeit der Behörden erklären könnten? Wenn ja, welche?

Fallbeispiel

Dossier Livingen und Wickringen: weitere Geschäftszentren auf der „grünen Wiese"- eine Fehlplanung



Das geplante Einkaufs- und Sportszentrum Livingen wurde bereits wiederholt in der Öffentlichkeit kommentiert und muss an dieser Stelle nicht mehr detaillierter beschrieben werden.

Dies trifft ebenfalls für das Projekt in Wickringen zu, wo - in einer ebenfalls nicht „zentralen Ortschaft" - - u.a. ein Gewerbegebiet sowie eine größere neue Siedlung entstehen sollen, als eine Art „Ausgleich" für das dort ursprünglich geplante Geschäftszentrum...

Es ist unbegreiflich, dass die Regierung diese Projekte an diesen Standorten überhaupt ins Auge fassen konnte. **Widersprechen beide doch in flagrantem Ausmaß dem Programm der Landesplanung sowie den Entwürfen der sektoriellen Pläne!** U.a. folgende Widersprüche wurden bereits mehrfach vom Mouvement Ecologique dargelegt:

Livingen und Wickringen:

- ... als Standorte für solche weitreichenden Projekte nicht geeignet ... da es sich weder um „zentrale Orte" noch „regionale Entwicklungszentren" gemäß den Direktiven der Landesplanung handelt;

- nicht geeignet als Gewerbegebiete für großflächige Geschäftszentren, da im Gegensatz zu den Prinzipien des sektoriellen Planes „zones d'activités";

- falsche Standorte, da statt einer Stärkung bestehender urbaner Zentren eine weitere Zersiedlung des ländlichen Raumes erfolgt und die dort vorgesehenen Verkaufsflächen auf Kosten bestehender innenstädtischer Geschäftszentren bzw. den zentralen Entwicklungspolen Esch-Belval und Stadt Luxemburg gehen;

- im Widerspruch zu den Zielen der Mobilitätsplanung ... da eine weitere Zunahme des Individualverkehrs durch Einkaufszentren auf der „grünen Wiese" vorprogrammiert ist;

Wickringen:

- kein Standort für ein größeres neues Wohnbauprojekt ... da es sich nicht um eine der „Wohnvorrang-Gemeinden" handelt.

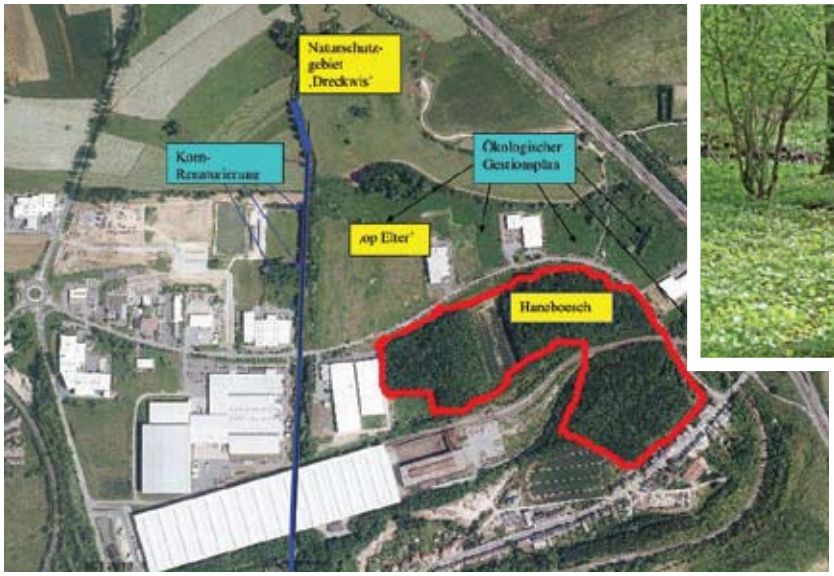
Eine Reihe von Folgewirkungen bzw. -kosten - auch für die öffentliche Hand - liegen im Übrigen nicht auf dem Tisch (besonders, was das Projekt Livingen anbelangt).

Fazit: Es ist nicht tragbar, dass die Regierung sich öffentlich hinter das Projekt Livingen stellt, da es im Widerspruch zu den Entwürfen der sektoriellen Pläne der Landesplanung geht!

Ja, es ist als äußerst problematisch anzusehen, dass das Nachhaltigkeitsministerium (!) sogar an einem derartigen Masterplan arbeitet, müsste es doch vehemente Opposition gegen das Projekt äußern.

Fallbeispiel

„Haneboesch“ in Differdingen: eine Aktivitätszone „im Wald“...



Es müsste an sich eine Selbstverständlichkeit sein, dass Naturschutz - / Landschaftsschutzaspekte von vornherein in die Raumnutzung - und im Besonderen in die Ausweisung bzw. Gestaltung der Aktivitätszonen - einbezogen werden sollen. Doch auch hier ist ein weiter Weg von der Theorie zur Praxis. Ein Fallbeispiel:

Zahlreiche Aktivitätszonen wurden vor über 10 Jahren ausgewiesen, als Naturschutzaspekte noch weniger berücksichtigt wurden.

Deshalb fordern die Ministerien die Gemeinden auch auf, die heutigen Flächennutzungspläne kritisch zu hinterfragen und zu untersuchen, ob nicht gewisse - derzeit als Bauland oder als Aktivitätszone ausgewiesene Zonen - als Grünzone umklassiert werden müssten. Auch das Nachhaltigkeitsministerium bzw. das damalige Umweltministerium wurde bereits beim Wirtschaftsministerium vorstellig, damit als Aktivitätszonen ausgewiesene naturschutzrelevante Flächen unter die Lupe genommen und ggf. in Grünzonen umklassiert werden.

Genau dies war auch das Ziel der sektoriellen Pläne: durch ein „Übereinanderlegen“ der Pläne, u.a. „Geschützte Landschaften“ bzw. „ Aktivitätszonen“, sollten Widersprüche festgestellt und bereinigt werden. Dies auch im Interesse der Wirtschaft: denn nur so kann Planungssicherheit hergestellt werden.

Soweit zur Theorie. Die Praxis ist jedoch eine ganz andere. Rezent fand eine Kommodo-Prozedur für das Areal des „Haneboesch“ in Differdingen statt. Eine Aktivitätszone, die seit über 20 Jahren ausgewiesen ist, **im Gegensatz zu allen Kriterien des Naturschutzes.** Mit dem Resultat, dass jetzt ein ganzes Waldareal („ancient wood“) verplant werden soll (das bereits in der Ferraris-Karte von 1778 ausgewiesen war!), ebenso wie **ein aus naturschützerischer Sicht besonders wertvolles Feuchtbiotop** („auf Elter“), das u.a. Lebensraum für den geschützten großen Feuerfalter und Standort für seltene Pflanzenarten, wie die Pyramidenorchidee ist.

Geplant gemäß Kommodo-Prozedur ist nunmehr, dass die Nutzung dieses Areals vorangetrieben werden soll und somit einerseits das Waldareal abgeholzt bzw. das Feuchtbiotop zerstört werden würde.

Diese Vorgehensweise ist umso unverständlicher, da es durchaus alternative Standort gibt, wie z.B. unweit davon entfernt der „crassier de Differdinge“, der einer Umnutzung harrt und wo ausreichend Terrain für die Ansiedlung neuer Betriebe vorhanden wäre (siehe hierzu auch Kordall-Studie 2004).

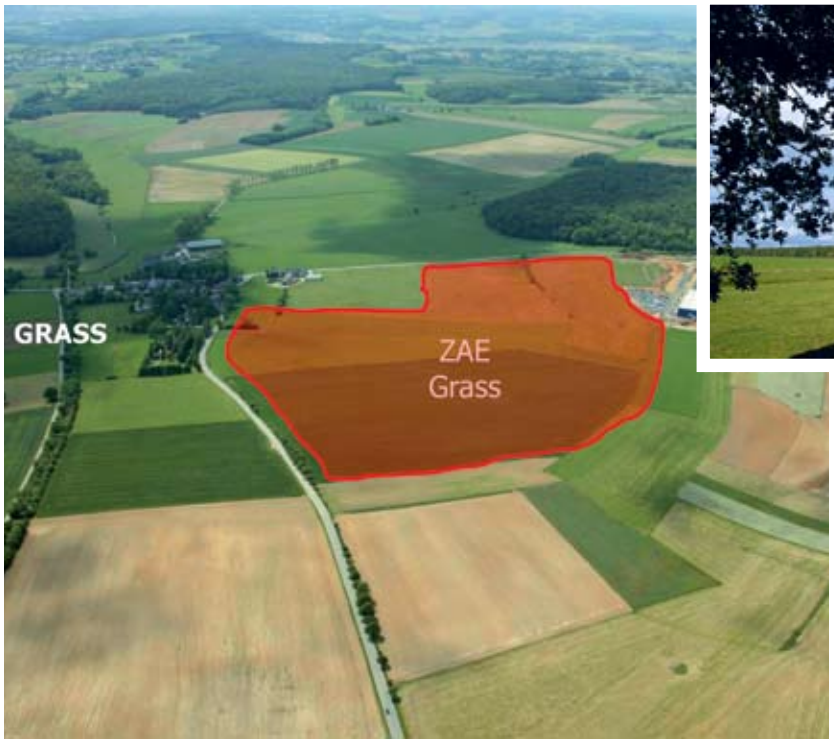
Auch hier: aufgrund der Vorgaben der Landesplanung müsste die Ausweisung der aktuellen Zone hinterfragt und reformiert werden!

Fazit: Statt, wie es das Naturschutzgesetz vorschreibt resp. es die Landesplanung vorgibt, verfügbare Alternativen für den Standort neuer Betriebe zu suchen, hält die Regierung bis dato an einem aus Naturschutzsicht wertvollen Standort fest! Hier drängt sich ein Umdenken auf.

Aufgrund der Vorgaben der Landesplanung sowie des Naturschutzgesetzes müsste die Ausweisung der aktuellen Zone hinterfragt und reformiert werden!

Fallbeispiel

Aktivitätszone „Grass“: ein Trauerspiel



Vor Jahren stand die Ausweisung einer neuen Aktivitätszone in Grass (Gemeinde Steinfort) zur Debatte. U.a. der Mouvement Ecologique wehrte sich kategorisch gegen dieses Projekt, war es doch **im Widerspruch zu dem Enwurf des sektoriellen Planes „Geschützte Landschaften“.** Des Weiteren widerspricht es eindeutig den Kriterien und Grundprinzipien einer nachhaltigen Landesplanung, da ein **schützenswerter Grüngürtel** („*zone verte interurbaine*“) in der Region zerschnitten, unweigerlich weitere Folgeprojekte entstehen und somit eine schleichende, verheerende Landschaftszersiedlung begünstigt werden würde.

Die Zone wurde deshalb in dieser Form von staatlicher Seite nicht mehr ins Auge gefasst; vielmehr wurde entschieden auf „Wandhaff“ eine regionale Aktivitätszone einzurichten, und zusätzlich „lediglich“ eine „kleinere“, immerhin 21,4 ha große, für lokale Betriebe in Grass, auszuweisen.

Im derzeit vorliegenden Entwurf des Ausweisungsdossiers, ist allerdings *nicht mehr nur* die Rede von kleinen lokalen Handwerksbetrieben. Die Rede geht u.a. auch von „*entreprises de production*“ bzw. „*entreprises de restauration et de petit commerce*“ ..

Und - als „Kiischt um Kuch“ - ist der Entwurf der „notice d'évaluation“ dann auch problematisch zu werten. Ein Zitat, welche die Situation optimal charakterisiert: „*Es werden Rekorderdaten des MNHN (Naturhistorischen Museums) zu Fledermäusen, Vögeln, Säugetieren, Amphibien, Reptilien und Pflanzen angefordert und ausgewertet. (...) Bisher gibt es keine Hinweise auf das Vorkommen von Tier- und Pflanzenarten, die von besonderer Bedeutung für die biologische Vielfalt sind. Bei der geplanten Orstbegehung wird dieser Aspekt nochmals überprüft*“.

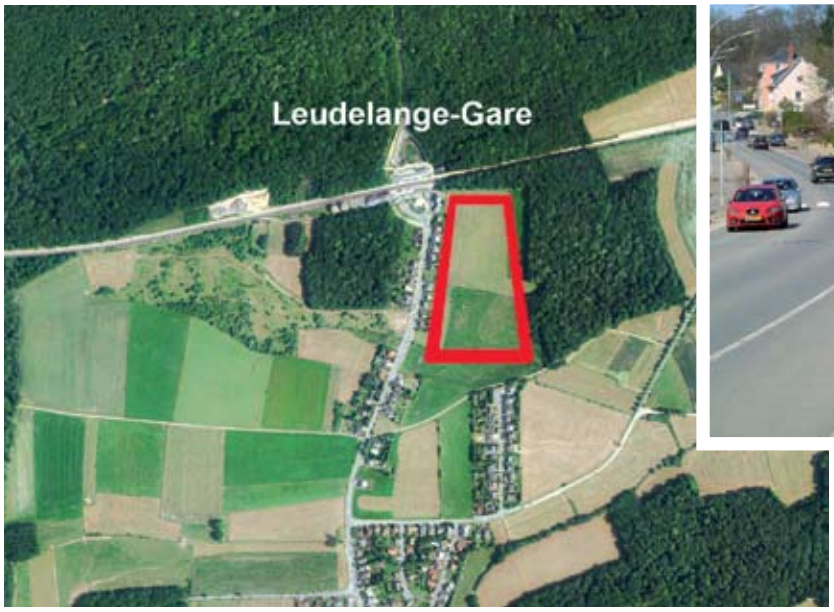
Dabei ist es doch gerade Ziel der „notice d'évaluation“ gerade jene Elemente zu beinhalten ... und nicht erst zu einem späteren Zeitpunkt eine Untersuchung anzustreben! So sind die Aussagen der „notice“ ja eigentlich in diesen Punkten wertlos, da die zentralen Fakten noch fehlen.-..

Fazit: Als "Ausgleich" für die "größere" Aktivitätszone Grass wurde nunmehr in der Region um Steinfort nicht nur der Standort „Windhof“ als regionale Aktivitätszone ausgewiesen / ausgeweitet, sondern zusätzlich – im Widerspruch zu den Vorgaben der Landesplanung – noch eine zusätzliche Zone in Grass geplant. Dabei werden hier nicht nur kleine lokale Betriebe zugelassen....

Ein landesplanerischer Widersinn.... Dann hätten auch andere Gemeinden Anrecht auf eine derartige Zone!

Fallbeispiel

Wildwuchs südlich der Stadt Luxemburg: Gemeinde Leudelingen im Wachstumswahn?



Bemerkenswert sind aber auch andere Planungen südwestlich der Stadt Luxemburg und zwar in der Gemeinde Leudelingen, einer - trotz der großen Aktivitätszone - eher ländlichen Gemeinde, die sich nach den bisherigen Vorgaben der Landesplanung auch entsprechend entwickeln soll, mit u.a. einem begrenzten Bevölkerungswachstum.

Die Ansiedlung einer großen Versicherungsgesellschaft vor einigen Jahren ließ nichts Gutes erahnen, wurde doch mehr und mehr das Signal gesetzt, dass sich Leudelingen weit über die ihr zugedachten Ansprüche hinaus entwickeln soll - mit allen Folgen u.a. im Bereich des Individualverkehrs.

Der angestrebte Zuwachs an Arbeitsplätzen ist in der Tat erheblich: So wird in einer Studie, die im Auftrag des Bautenministeriums sowie der Stadt Luxemburg erstellt wurde, davon gesprochen, dass die Arbeitsplätze im Südwesten der Hauptstadt im Bereich **„Cloche d'Or / Gasperich – Strassen – Bartringen – Leudelingen" mittel- bis langfristig von 55.000 auf 130.000 anwachsen könnten ....**

Dies im Widerspruch zu den Plänen der Landesplanung, die doch eindeutig eine Dezentralisierung der Aktivitäten anstreben und ebenfalls kein neues Siedlungsband an dieser Stelle zulassen.

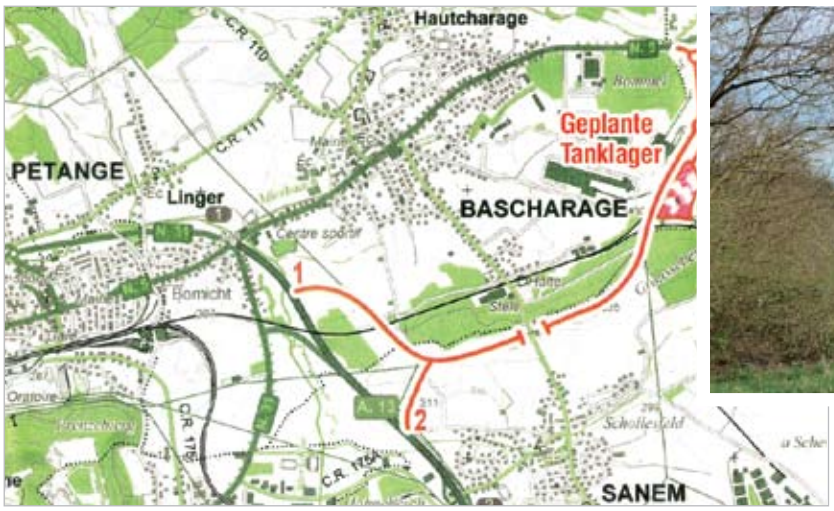
Die Präsenz der Aktivitätszonen in Leudelingen wird nun auch noch zusätzlich missbraucht, um zu argumentieren: Wenn schon mehr Arbeitsplätze, dann auch mehr EinwohnerInnen! Leudelingen ist allerdings heute **keine sogenannte Wohnvorranggemeinde** (also eine Gemeinde, deren Einwohnerzahl stärker zunehmen soll), sondern eher eine Gemeinde mit „Eigenentwicklung" (IVL) und liegt in einer **„zone verte interurbaine"**... und soll nun aber zu einer Wohnvorrang-Gemeinde gemacht werden. Setzt sich eine solche Politik durch, dann kann man das Landesplanungsprogramm getrost dorthin verfrachten, wo es dann hingehört: in den Mülleimer der Geschichte.

Dieses Bild bestätigen dann auch die Informationen, die dem Bericht einer Gemeinderatssitzung zu entnehmen sind: nämlich, dass in Leudelingen-Gare ein neues Wohnviertel von rund 9 ha seitens privater Immobilienpromotoren geplant ist, das – ausser dem Anschluss an die Bahnstrecke Petingen – Luxemburg – *kein (!)* landesplanerisches Kriterium erfüllt. Als eines der Argumente seitens der Gemeindeführung wird angeführt, dass Leudelingen durch die Verwirklichung dieses Projektes mittelfristig auf eine Bevölkerung von 3.000 EinwohnerInnen anwachsen könne (von heute etwa 2.200, d.h. eine Zunahme um fast ein Drittel)... eine Hürde, die vom Innenministerium als Mindestgröße angegeben sei, um den BürgerInnen die ihnen zustehenden Dienstleistungen zu bieten...

Fazit : Eine Fehlplanung soll hier eine andere nach sich ziehen. In einer Ortschaft, die nicht als "Wohnvorranggemeinde" gilt soll die Bevölkerung im Widerspruch zu den Landesplanungsvorgaben um etwa ein Drittel anwachsen.... Dies unter dem vermeintlichen Druck eine Gemeinde müsse 3000 Einwohner haben? Ein landesplanerischer Widersinn, die auf Kosten der Landschaft und der harmonischen Entwicklung der Ortschaft geht.

Fallbeispiel

Tanklager und Umgehungsstraße Bascharage: ein politischer Kuhhandel auf Kosten einer Erholungs- und Naturschutzzone!



Aus dem Tageblatt

Ein Trauerspiel ist aber auch die Vorgehensweise in Sachen Tanklager und Bascharager Umgehungsstraße.

Zu den Fakten:

- Die Umgehungsstraße soll gemäß Konzept des Nachhaltigkeits (!)- und Wirtschaftsministeriums in ein **besonders schützenswertes Natura2000-Gebiet** gebaut werden, das zudem von zahlreichen Menschen als Erholungsraum genutzt wird. Eigentlich aufgrund von EU-Vorgaben, dem Entwurf des sektoriellen Planes geschützte Landschaften sowie den Direktiven der Landesplanung ein absolutes Tabu-Gebiet, das auch als „zone verte interurbaine" unbedingt von jedweder Bebauung freigehalten werden soll.

  Brüssel muss seine Zustimmung zum Projekt geben! Nun so zu tun, als ob dies „beschlossene" Sache sei, ist schlichtweg Augenwischerei!

- Die gesetzlich vorgeschriebene **Impaktstudie**, mit einer konkreten Analyse der potentiellen Auswirkungen der Straße, einer sogenannten „Nullvariante" bzw. der Analyse von Alternativen, **liegt bis dato nicht vor!** So zu tun, als ob diese Studie nur reine Makulatur sei und man deren Resultate eh ignorieren will, ist ein Fehlschluss.

  Dies zudem nicht einmal ansatzweise bewiesen wurde, dass eine Umgehungsstraße tatsächlich - in ihrer Gesamtbilanz - eine Entlastung für die Menschen in der *Gesamtregion* (!!) bringen würde. Auch die berechtigte Befürchtung, dass eine Verlagerung aktueller Belastungen vom Territorium einer Gemeinde zu demjenigen einer anderen Gemeinde erfolgt, wurde nicht einmal ansatzweise aus dem Wege geräumt. Eine Verkehrsstudie, welche die Belastungen der Projekte Tanklager und Umgehungsstraße untersucht, liegt ebenfalls nicht vor!

Doch es scheinen alle Mittel recht zu sein, wenn man in einer Art „Husarenstreich" sozusagen „*zwou Méckenmat engem Schlag*" treffen möchte: Die Regierung verknüpft das Tanklager in Bascharage mit der Zusage für den Bau der Umgehungsstraße ... und schon ist der politische Kuhhandel perfekt!

Fazit: Der Mouvement Ecologique stellt sich kategorisch gegen den augenscheinlichen Versuch, Gemeinden einer Region gegeneinander auszuspielen und elementare Regeln der Landesplanungspolitik ausser Kraft zu setzen.

Es scheinen in diesem Dossier lediglich die Stimmen der Wirtschaft und der Technokraten zu zählen. Eine dem Nachhaltigkeitsprinzip verpflichtete Planung sieht anders aus!

Schlussfolgerungen

Es ist eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit, dass diese Regierung ernst macht mit der Umsetzung ihrer Ziele der nachhaltigen Entwicklung, nicht das "Eine sagt und das Andere tut"! Eine kohärente Politik ist gefordert, im Interesse der Allgemeinheit. Dabei ist es auch erforderlich, dass das für die Landesplanung zuständige Ministerium wieder auf der politischen Bühne auftaucht.

Trotz aller Absichtserklärungen gibt es in Luxemburg in konkreten Dossiers immer noch keine politische Weichenstellung der Landesplanung!

- Ortschaften, die gemäß landesplanerischen und IVL-Vorgaben nicht anwachsen sollen, kennen - auch mit der Unterstützung des „pacte logement" - eine beeindruckende Entwicklung.

- Geschützte Landschaften / „zones vertes interurbaines" werden der Zersiedlung preisgegeben.

- Eine kohärente Planung der Aktivitätszonen gibt es noch immer nicht.

Dabei ist es nicht so, dass der Staat dieser Entwicklung machtlos ausgeliefert wäre. Nein, er ist selbst immer Akteur und könnte ohne weiteres die Sicherstellung des Programmes der Landesplanung bzw. die Umsetzung des IVL-Konzeptes - unter Berücksichtigung auch des Nationalen Nachhaltigkeitsplanes - gewährleisten.

Mit der Integration des Umweltministeriums in das Nachhaltigkeitsministerium, das zudem die Bauten-und Straßenbauverwaltung sowie den Transportsektor begreift, sollte endlich eine nachhaltigkeitsorientierte Politik durchgesetzt werden. So zumindest die Aussagen der Regierungskoalition.

Die Realität ist eine andere: die Stimme des früheren Umweltministeriums – aber auch der Landesplanung (!) – scheint verstummt zu sein: dadurch findet kein öffentlicher Diskurs mehr statt über Für und Wider bestimmter Projekte, vielmehr erfolgt dies hinter verschlossenen Türen nunmehr im Kirchberger Elfenbeinturm! Dieser fehlende Diskurs, der bei komplexen Problemstellungen an sich unentbehrlich ist, wirkt sich nicht nur lähmend auf die gesamte Politik, sondern letztlich auch kontraproduktiv auf die Landespla-

nung aus: ihr Stellenwert tendiert – mit Ausnahme weniger Handlungsbereiche – derzeit gegen Null!

Der Mouvement Ecologique fordert mit Nachdruck, dass:

- die genannten und ähnlich gelagerten Projekte kritisch hinterfragt werden;
- die Regierung in aller Deutlichkeit die Zusage macht, das Programm der Landesplanung und die eigenen Planentwürfe (u.a. sektoriellen Pläne) für ihre Politikgestaltung als verbindlich anzusehen;
- sie dafür Sorge trägt, dass vor dem Inkrafttreten der geplanten sektoriellen Pläne keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden, die diesen Plänen zuwiderlaufen;
- die Regierung, und vor allem das betroffene Nachhaltigkeitsministerium, alle nur erdenklichen Maßnahmen ergreift, um die sektoriellen Pläne – in Absprache mit Gemeinden und Akteuren der Zivilgesellschaft sowie der BürgerInnen – schnellstens umzusetzen.

Luxemburg braucht endlich auch in der Praxis wieder eine Landesplanung, die den Namen verdient!

Es geht letztlich um eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit! Eine zukunftsorientierte Landesplanung stellt einen der Grundpfeiler einer nachhaltigen Entwicklung dar.

Ideen konkret umsetzen!

Spenden

Unterstützen Sie die Aktionen des Mouvement Ecologique zum Thema « Landesplanung » durch eine Spende an die Stiftung ÖkoFonds. Denn nur Dank Spenden, können diese und weitere Aktionen durchgeführt werden.

Von den Ideen zur konkreten Umsetzung

Vernetztes Denken fördern, Wirtschaft und Ökologie miteinander verbinden, Ideen für eine zukunftsweisende Mobilität unterstützen, Umweltbildung, nachhaltige Siedlungspolitik: Mit Ihrer Spende unterstützen Sie Pilotprojekte die der «Mouvement Ecologique» in all diesen Bereichen durchführt. Sie können unsere Arbeit mittels Einzelspende oder Dauerauftrag mit dem Vermerk «Mouvement Ecologique» unterstützen. Auch bei Geburten, Geburtstagen, Hochzeit oder Todesfall bietet sich Ihnen die Möglichkeit Spenden an die Stiftung ÖkoFonds zu übermitteln. Spenden an die Stiftung ÖkoFonds sind steuerlich absetzbar.

Für weitere Informationen können Sie uns gerne kontaktieren:
Tel.: 43 90 30 - 50 / oekofonds@oeko.lu / www.oeko.lu

Spenden an die Stiftung ÖkoFonds sind steuerlich absetzbar.
Unsere Konten: CCPL: LU96 1111 0734 1886 0000 BCEE: LU31 0019 1100 4403 9000

ÖkoFonds. Am Déngscht vu Mënsch an Ëmwelt. www.oeko.lu

ÖKO FONDS

www.meco.lu

www.gemengewalen.lu

Zäitschrëft fir de Mënsch a seng Ëmwelt

erausgi vun dem Mouvement Ecologique asbl Lëtzebuerg
Tel. 43 90 30-1 – **Fax** 43 90 30-43
CCPL: LU16 1111 0392 1729 0000
e-mail: meco@oeko.lu
www.meco.lu
Mouvement Ecologique asbl

Sekrétariat: 4, rue Vauban (Pafendall) – Lëtzebuerg
Gréngen Telefon: 43 90 30-1
Permanence:
Méindes bis Donneschdes 8-12 a 14-17 Auer
Freides 8-12 Auer, Nomëttes zou
Fir Mêmber ze ginn:
Per Telefon oder schrëftlech Statuten,
Dépliant a Bäitrëttsformular ufroen.
Cotisatioun:
50 € Eenzelmember,
75€ Haushaltsmemberschaft,
20 € Studenten an Aarbechtsloser.
De Kéisécker an de Kéisécker-Info
sinn an der Cotisatioun abegraff!

de Kéisécker 01/11 April 2011